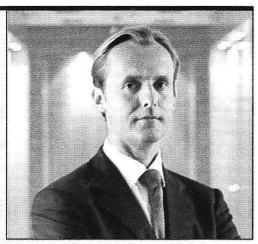
DENKFABRIK | Um die Kreditvergabe in den Euro-Krisenländern anzukurbeln, erwägt die Europäische Zentralbank jetzt auch noch den Ankauf von Unternehmenskrediten. Das hätte verzerrte Kreditmärkte, staatliche Investitionslenkung und höhere Inflation zur Folge. Widerstand der Politik ist trotzdem nicht zu erwarten. *Von Thorsten Polleit*



Marx und die EZB

Um den Kommunismus zu errichten, forderte Karl Marx in Punkt fünf seines Kommunistischen Manifests die „Zentralisation des Kredits in den Händen des Staats durch eine Nationalbank mit Staatskapital und ausschließlichem Monopol". Er wusste, warum: Totale Kontrolle des Geld- und Kreditwesens bedeutet totale Kontrolle über das Wirtschafts- und Gesellschaftsleben. Die Marx'sche Vision mag ihre Begeisterungswirkung verloren haben, gleichwohl bewegen sich die Euro-Volkswirtschaften – vielfach unbemerkt und mehrheitlich wohl auch ungewollt – dem Unfreiheitsideal entgegen. Denn das Geldangebotsmonopol ist in zentralistischer Staatshand – der Hand der Europäischen Zentralbank (EZB). Allerdings gibt es bislang noch einen mehr oder weniger funktionierenden Banken- und Kapitalmarkt, in dem die Kreditkonditionen nach betriebswirtschaftlichem Kalkül zustande kommen. Doch das könnte sich bald ändern.

NEUER SCHEINMARKT

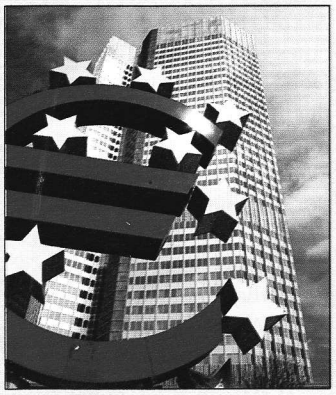
Viele Banken sind im Zuge der Euro-Krise ins Wanken geraten, sie sind nicht mehr in der Lage oder willens, Kredite zu vergeben. Doch die Politik will, dass sich das Verschuldungskarussell weiterdreht, weil sonst eine Bereinigungsrezession oder gar -depression droht. Mit noch mehr Kredit und Geld, bereitgestellt zu Tiefstzinsen, will man der Misere entkommen, die nach Jahrzehnten der Schuldenwirtschaft unabwendbar geworden ist. Der EZB-Rat sinnt deshalb darüber nach, wie er Banken dazu bewegen kann, den Fuß von der Kreditbremse zu nehmen.

Die jüngste Idee ist der Aufkauf von Krediten, die Banken an kleine und mittlere Unternehmen vergeben haben. Indem sie die Kreditrisiken aus den Bilanzen der Banken entfernt, will die EZB die Kreditvergabe wieder in Gang bringen. Dazu soll ein Markt für Anleihen entstehen, die mit Unternehmenskrediten unterlegt sind. Auf diesem Markt für Asset Backed Securities (ABS) sollen sich Preise bilden, zu denen die EZB die Papiere kaufen könnte.

> »Die Kontrolle über das Geld- und Kreditwesen bedeutet totale Kontrolle über Wirtschaft und Gesellschaft«

Tatsächlich entstünde allenfalls ein Scheinmarkt. Denn mit ihren Käufen würde die EZB die Kurse der ABS stützen und die Kapitalbeschaffungskosten der Banken senken. Das verleitete die Finanzinstitute zu leichtfertigerer Kreditvergabe, denn sie wissen, dass sie ihre Forderungen bei der EZB im Tausch gegen frisches Zentralbankgeld abladen können. Welche volkswirtschaftlichen Schäden derartige staatliche Zinsdrückerei verursacht, hat die Subprime-Krise in den USA deutlich gezeigt.

Außerdem dürfte der politische Druck auf die EZB steigen, bald auch Hausbau-, Konsumenten- und Autokredite, ja vielleicht sogar verbriefte Buchkredite, die die Banken an Staaten vergeben haben, gegen neues Geld zu kaufen. Ein staatlicher Willkürakt könnte weitere nach sich ziehen. Mit seinen Entscheidungen, bestimmte Bankkredite aus bestimmten Euro-Ländern aus einzelnen Branchen zu erwerben und zu subventionieren, bestimmt der EZB-Rat, welche Industrien und Regionen gefördert und welche ihrem Schicksal überlassen bleiben. Die



EZB würde so zu einer industriepolitischen Zentralinstanz in der Währungsunion. Die Käufe von Bankkrediten und die damit verbundene Verstaatlichung des Kredits laufen auf eine planwirtschaftliche Steuerung der Wirtschaft durch die EZB hinaus.

Mehr noch: Das zusätzliche Geld, das die Zentralbank in die Märkte pumpt, erhöht die Inflationsrisiken. Im Verlauf der Euro-Krise sind die Notenbanker zunehmend zum Erfüllungsgehilfen der Regierungen geworden, die in der überreichlichen Kredit- und Geldexpansion eine Rezeptur für Wachstum und Beschäftigung sehen. Die Politiker dürften daher ebenso wenig Widerstand gegen die Inflationierung leisten wie die wirkungsmächtigen Interessengruppen aus den Großunternehmen und der Finanzbranche. Ihnen allen würde mehr Inflation angesichts der angehäuften Schulden Erleichterung verschaffen. Und mit wachsender Macht im Geld- und Kreditprozess wächst natürlich auch die Missbrauchsmacht.

PFAD OHNE UMKEHR

Mit ihren bisherigen Maßnahmen – allen voran dem Aufkauf von Staatsanleihen – hat sich die EZB auf einen Pfad begeben, der im Grunde keine Umkehr mehr vorsieht: Das Ausweiten der Zentralbankgeldmenge soll Zahlungsausfälle auf breiter Front verhindern. Die Überlegung, demnächst Bankkredite an Unternehmen oder gar Forderungen der Unternehmen gegenüber den Regierungen zu kaufen und im Gegenzug die Geldmenge auszuweiten, ist eine logische Konsequenz auf dem bereits eingeschlagenen Weg. Noch mögen die offiziell ausgewiesenen Inflationsraten wenig von dem sich zusammenbrauenden Unheil künden. Doch die Geldentwertung wird kommen – und die mit ihr verbundene Verarmung breiter Bevölkerungsschichten wird die Menschen dem Sozialismus in die Arme treiben. Karl Marx hätte seine Freude an der EZB.

Thorsten Polleit ist Chefökonom der Degussa Goldhandel GmbH und Präsident des Ludwig von Mises Instituts Deutschland. Zudem lehrt er an der Frankfurt School of Finance & Management.

FOTOS: VISUM/MARTIN LEISSL, ACTION PRESS/PETER VON STAMM